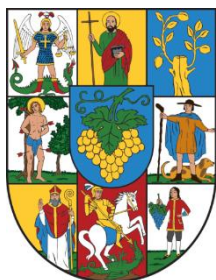


Dr. Maria Schaumayer
7. Oktober 1931 – 23. Jänner 2013



Bezirk Döbling

ZukunftsFonds
der Republik Österreich

Vorwort Bezirksvorsteher Adolf Tiller

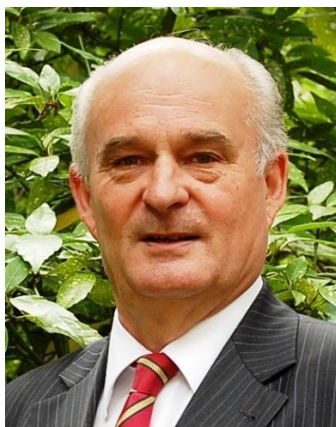


Foto: Bezirksvorsteherung Döbling

Maria Schaumayer ist 1962 gemeinsam mit ihrer Mutter nach Döbling in die Weimarer Straße übersiedelt und hat sie dort auch liebevoll betreut. Im Jahre 1988 ist sie in die Osterleitengasse übersiedelt, wo sie auch am 23. Jänner 2013 leider entschlafen ist.

Mit Döbling war sie daher jahrzehntelang besonders verbunden und konnte im Jahr 1964 – gemeinsam mit Josef Fröhlich – ein Grundmandat auf der Liste der ÖVP im Wahlkreis Döbling erringen. Dies ist nur durch ihren persönlichen Einsatz und den vielen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern möglich gewesen, da bis dahin in Döbling nur ein Grundmandat zur Verfügung stand. Im Jahre 1965 wurde sie in die Wiener Stadtregierung als amtsführende Stadträtin für die städtischen Unternehmungen bestellt. Dabei hat sie sich besonders für die Sanierung der städtischen Friedhöfe engagiert und die Spitzenleistung war, dass sie bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion in Moskau die Erdgaslieferungen für Österreich fixieren konnte. Damals hat sie an jene zweifelnden Funktionäre den Satz gerichtet „Bitte lernen Sie Geschichte“, denn sowohl in Prottes als auch in Zistersdorf waren große unterirdische Lagerräume frei, und dorthin wurde das Erdgas von Russland geliefert. Der Bedarf für Österreich wurde sodann entnommen, sodass gigantische Gasreserven verblieben. Die Wirtschaftsminister konnten in den vergangenen Jahren bei Lieferverzögerungen mit Erdgas darauf hinweisen, dass in Niederösterreich genügend Reserven für ein Jahr zur Verfügung stehen. Eine vorsorgende Politik für Jahrzehnte hat damals Maria Schaumayer unter Beweis gestellt.

Als zuständige Stadträtin für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten war sie für die Errichtung des Moduls mit der

Fremdenverkehrsschule in der Peter-Jordan-Straße hauptverantwortlich. Sie hat es sich auch als engagierte Frau zugetraut, die Ringstraße in Wien zur Einbahn zu erklären. An dieser Aufgabe sind vorher zahlreiche Männer gescheitert, und es hat nur einen einzigen Unfall aufgrund dieser Verkehrsänderung gegeben, bei dem der damalige Generalsekretär der UNO, Dr. Kurt Waldheim, von einer Straßenbahn touchiert wurde, die gegen die Einbahn verkehrte.

Als Präsidentin der Nationalbank hat sie als einzige Frau einer Notenbank bei der Konferenz in New York für ihre fachlichen Ausführungen „standing ovations“ geerntet.

Somit hat eine geborene Grazerin von ihrem Heimatbezirk aus in der weltweiten Politik für Döbling, Wien und Österreich ihre Spuren hinterlassen.

Diese großartigen Leistungen würdigen Döbling, die Stadt Wien und der Zukunftsfonds der Republik Österreich mit der Benennung eines öffentlichen Gutes mit „Maria-Schaumayer-Platz“ und einem wunderschönen Denkmal an dieser Stelle.

Vorwort Kurt Scholz, Herwig Hösele



Kurt Scholz, Vorsitzender des Kuratoriums; Herwig Hösele, Generalsekretär
Foto: Ernst Weingartner

Pionierin und Patriotin

Es ist ein großes Anliegen des Zukunftsfonds, einen Beitrag zu leisten, um das Wirken und die Persönlichkeit Maria Schaumayers lebendig im Gedächtnis zu erhalten.

Sie war nicht nur eine Pionierin in Spitzenfunktionen in Politik und Wirtschaft und als weltweit erste Frau Notenbankpräsidentin. Sie war eine große Patriotin, die im Jahr 2000 als Regierungsbeauftragte mit Klugheit, Mut und Umsicht die schwierigen Verhandlungen zur ZwangsarbeiterInnenentschädigung führte, die international als beispielhaft angesehen wurden, wie auch ihr Verhandlungspartner Stuart E. Eizenstat mehrfach betonte. Schaumayers Verhandlungserfolg im Auftrag der Regierung Schüssel war auch

Dr. Maria Schaumayer

ein weiterer besonders wichtiger Schritt zur ehrlichen Aufarbeitung der dunklen Vergangenheit Österreichs zwischen 1938 und 1945. Für den Zukunftsfonds, der wesentlich aus den Restmitteln der ZwangsarbeiterInnenentschädigung finanziert wurde, ist eine zukunftsorientierte Erinnerungskultur verpflichtender Auftrag.

Enge Verbundenheit mit dem Bezirk Döbling

Es ist unserem leider allzu früh verstorbenen stellvertretenden Kuratoriumsvorsitzenden Christoph Kainz und dem Bezirksvorsteher des 19. Bezirkes, Adolf Tiller, zu verdanken, dass nun dieser Gedenkstein seiner Bestimmung übergeben werden kann. Döbling war der Heimatbezirk von Maria Schaumayer, die Adolf Tiller auch in persönlicher Freundschaft verbunden war. Im Jahr 2014 wurde der Kreuzungsbereich Billrothstraße – Sieveringer Straße in „Schaumayerplatz“, im Jahr 2016 in „Maria-Schaumayer-Platz“ umbenannt. Nun folgt der Gedenkstein, für dessen ansprechende und würdige Ausgestaltung wir Herrn Martin Schmeiser danken.

Das Leben und Wirken der großen Österreicherin Maria Schaumayer ist vorbildhaft und bleibende Herausforderung gerade auch für den Zukunftsfonds.

Wir danken der Büroleiterin des Zukunftsfonds, Anita Dumfahrt, für die redaktionelle und Johannes Benedikter für die graphische Gestaltung dieser kleinen Broschüre.

Biographie Maria Schaumayer

Persönliches

Maria Schaumayer wurde am 7. Oktober 1931 in Graz geboren. Ihre Mutter war Lehrerin, ihr Vater Direktor der Obst- und Weinbauschule Silberberg bei Leibnitz. Dieser wurde 1938 als politisch unzuverlässig seiner Stelle ohne Bezüge enthoben und politisch verfolgt. Er wurde mehrmals in Gestapogefängnisse gebracht, dann zur Wehrmacht eingezogen und letztendlich im so genannten Volkssturm eingesetzt. Während der Kriegszeit, die sie mit ihrer Mutter in Fürstenfeld verbrachte, kam Maria Schaumayer auch mit Zwangsrekrutierten der verschiedensten Nationalitäten in Berührung. Besonders einprägsam war ein Erlebnis im Herbst 1944, bei dem sie einen Zug von bewachten Menschen unter erbarmungswürdigen Umständen sah. Später war ihr klar, dass es sich dabei um ungarische Juden auf dem Todesmarsch in das Konzentrationslager Mauthausen gehandelt hatte. Diese persönlichen Erinnerungen sollten Jahrzehnte später eine Rolle spielen, als sie die Entschädigung für ehemalige ZwangsarbeiterInnen verhandelte.

Karriere in Wirtschaft und Politik

Im Jahr 1949 maturierte Maria Schaumayer mit Auszeichnung am Realgymnasium in Fürstenfeld und studierte danach an der Hochschule für Welthandel in Wien, wo sie den Titel „Diplomkaufmann“ erwarb. Sie setzte ihr Wirtschaftsstudium an der Universität Innsbruck fort und schloss dieses mit dem Doktorat ab. 1954 trat sie in die Creditanstalt (CA) ein, wo sie im Exportgeschäft tätig war und sich darüber hinaus auch als Betriebsrätin engagierte.

Von der Creditanstalt wechselte sie 1964 in die Wiener Stadtpolitik. Sie zog als Mandatarin der ÖVP für den Wahlkreis Döbling in den Wiener Gemeinderat bzw. Landtag ein, und ein Jahr später wurde sie in der damaligen SPÖ-ÖVP-Koalition zur amtsführenden Stadträtin für die städtischen Unternehmungen

bestellt. Von 1969 bis 1973 war sie Sprecherin der ÖVP-Fraktion in der Wiener Landesregierung sowie amtsführende Stadträtin für baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten. Nach der Auflösung der Wiener Koalition im Herbst 1973 war Maria Schaumayer noch bis 1982 als Landtagsabgeordnete und Gemeinderätin tätig.

Gleichzeitig wurde sie in den Vorstand der Österreichischen Kommunalkredit AG berufen, wo sie die Verantwortung für das gesamte Kreditgeschäft, für das Rechnungswesen und Bilanzfragen übernahm. Im September 1982 wechselte sie in den Vorstand der ÖMV AG. Dort war sie für den Bereich Finanzen zuständig und setzte sich maßgeblich für die Teilprivatisierung der Gesellschaft ein. Im Jahr 1989 ging Maria Schaumayer erstmals in Pension.

Präsidentin der Nationalbank

Allzu lange jedoch währte ihr Ruhestand nicht. Maria Schaumayer wurde im Mai 1990 nach dem plötzlichen Tod von Hellmuth Klauhs zur Präsidentin der Oesterreichischen Nationalbank bestellt. Dieses Amt übte sie – als erste Frau an der Spitze einer Notenbank weltweit – bis zu ihrer zweiten Pensionierung im Mai 1995 aus. In diese Zeit fallen der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und erste Vorbereitungen für die Währungsunion.

Regierungsbeauftragte für ZwangsarbeiterInnenfragen

Im Februar 2000 kündigte der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel in seiner Regierungserklärung an, „die ehemaligen NS-Zwangsarbeiter unter der Berücksichtigung der betroffenen Unternehmen rasch zu entschädigen“. Kurz darauf erging an Maria Schaumayer ein Anruf von Bundeskanzler Schüssel mit dem Ersuchen, sich als Regierungsbeauftragte für ZwangsarbeiterInnenfragen zur Verfügung zu stellen. Maria Schaumayer stimmte zu und tat dies ehrenamtlich. Mit hoher Fachkompetenz und Entschlossenheit gelang es ihr innerhalb kurzer Zeit, bilaterale Verträge mit sechs Staaten abzuschließen und die Verhandlungen mit dem Repräsentanten der USA, Stuart E. Eizenstat, so zu Ende zu führen, dass rasch Rechtssicherheit mit den USA erlangt werden

konnte und der Österreichische Versöhnungsfonds, der sich im Dezember 2000 konstituiert hatte, im Juli 2001 die ersten Zahlungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen leisten konnte. Durch die Tätigkeit des Österreichischen Versöhnungsfonds hat Österreich sich der moralischen Verantwortung auch dieser Opfergruppe des NS-Terrors gestellt und damit auch im Ausland Anerkennung gefunden.



Stuart E. Eizenstat, Maria Schaumayer, Bundeskanzler a.D. Wolfgang Schüssel
Foto: Hopi Media/Bernhard J. Holzner

Förderung von Frauenkarrieren

Maria Schaumayer war die Förderung von Frauen in ihren Karrieren ein sehr großes Anliegen, vielleicht weil sie aus eigener Erfahrung wusste, wie schwer es für Frauen ist, Spitzenpositionen zu erreichen. 1991 gründete sie aus ihren privaten Mitteln die Dr. Maria Schaumayer Stiftung, um Frauen zu ermutigen, aktiv und selbstbewusst akademische Führungspositionen in Wirtschaft und

Wissenschaft anzustreben. Die Stiftung vergibt auch Förderpreise für herausragende Arbeiten junger Akademikerinnen.

Vielfaches Engagement – Zahlreiche Ehrungen

Für ihr auch ehrenamtliches Engagement in vielen Bereichen wurden Maria Schaumayer zahlreiche Auszeichnungen zuteil, wie 1973 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich, 1984 das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien, 1992 das Große Goldene Ehrenzeichen des Landes Steiermark mit dem Stern und 1995 bzw. 2001 das Große Silberne bzw. das Große Goldene Ehrenzeichen am Bande. 1996 verlieh ihr die Stadt Wien die Ehrenbürgerschaft, 2006 erhielt sie als erste Frau die Ehrenmitgliedschaft der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Darüber hinaus gibt es noch das von der Oesterreichischen Nationalbank dotierte Dr. Maria Schaumayer-Habilitationstipendium an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Maria Schaumayer verstarb am 23. Jänner 2013. Sie wird als außergewöhnlicher Mensch, der sich durch Intelligenz, Verständnis, Empathie, Solidarität und Humor auszeichnete, in würdiger Erinnerung bleiben.

Links und Quellen:

<http://schaumayerstiftung.net>

[https://www.wien.gv.at/video/163/Maria-Schaumayer-\(Managerin\)](https://www.wien.gv.at/video/163/Maria-Schaumayer-(Managerin))

Hubert Feichtlbauer, Zwangsarbeit in Österreich 1938-1945. Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit. Späte Anerkennung – Geschichte – Schicksale. Wien 2005.

Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (Österreichischer Versöhnungsfonds)

Zwangsarbeit 1938 bis 1945

Für die Betriebe in Nazi-Deutschland und für die landwirtschaftliche Produktion spielten ZwangsarbeiterInnen eine entscheidende Rolle, da insbesondere nach Kriegsbeginn 1939 aufgrund der Wehrpflicht rasch ein Mangel an Arbeitskräften herrschte. Im Laufe des Krieges wurden Menschen unter anderem aus der damaligen Sowjetunion, der Slowakei und Tschechien, aus Ungarn, Polen, Frankreich, Belgien, den Niederlanden oder Italien als „zivile ZwangsarbeiterInnen“ eingesetzt. Darüber hinaus bildeten Kriegsgefangene, Insassen von Konzentrationslagern (vor allem Mauthausen), österreichische und ungarische Juden, Roma und Sinti weitere größere ZwangsarbeiterInnen-Gruppen. Auch Regimegegner, Angehörige religiöser und ethnischer Minderheiten, Homosexuelle, der „Rassenschande“ bezichtigte Personen, Wehrmachtsdeserteure und Behinderte, die häufig auch Opfer grausamer medizinischer Experimente wurden, mussten Zwangsarbeit leisten. Eingesetzt wurden ZwangsarbeiterInnen in der Landwirtschaft, in der Grundstoff-, Stahl-, Fahrzeugs- und Rüstungsindustrie, beim Straßen- und Eisenbahnbau, aber auch in kleineren Betrieben. Im Herbst 1944 waren allein in den „Alpen- und Donaureichsgauen“, also im Wesentlichen das Gebiet des heutigen Österreich, fast eine Million ausländische ZwangsarbeiterInnen eingesetzt (davon waren rund 30 Prozent Frauen), im Vergleich dazu gab es 1,7 Millionen „freie“ inländische Arbeitskräfte.

Späte Anerkennung

Das Schicksal der ehemaligen Zwangs- und SklavenarbeiterInnen, die während der NS-Diktatur auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich Unrecht erlitten hatten, wurde lange Zeit nicht als österreichisches Problem gesehen. Erst im Laufe der 1990er Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs und mit der Öffnung historischer Archive in Osteuropa rückte diese Opfergruppe in den Fokus der Öffentlichkeit. Darüber hinaus gab es auch öffentlichen Druck durch „Sammelklagen“, in denen Rechtsanwälte in den USA umfangreiche Ansprüche zu Gunsten ehemaliger ZwangsarbeiterInnen stellten.

Einrichtung des Versöhnungsfonds

Nach den erfolgreichen Verhandlungen von Präsidentin Maria Schaumayer wurde im Juli 2000 das so genannte Versöhnungsfonds-Gesetz von allen im Nationalrat und Bundesrat vertretenen Parteien einstimmig beschlossen. Der ehemalige Staatssekretär Botschafter Ludwig Steiner (verst. 2015) wurde zum Komiteevorsitzenden und Botschafter Richard Wotava zum Generalsekretär des Österreichischen Versöhnungsfonds bestellt. Vorsitzender des international besetzten Kuratoriums war der damalige Bundeskanzler Wolfgang Schüssel.

Symbolische Entschädigungen

Dem Österreichischen Versöhnungsfonds standen insgesamt 436 Millionen Euro für die symbolische Entschädigung der Zwangs- und SklavenarbeiterInnen zur Verfügung, symbolisch deshalb, weil keine Summe diese Menschen für ihre rücksichtslose Ausbeutung, die erlittenen Demütigungen und Misshandlungen entschädigen konnte. Es ging darum, ihnen mit dieser finanziellen Geste Respekt und Anerkennung zu zollen. Die Geldmittel für die Zahlungen wurden vom Bund, den Bundesländern, der katholischen Kirche und zu einem beträchtlichen Teil von der Wirtschaft aufgebracht, insbesondere von Unternehmen, die in der Kriegszeit ZwangsarbeiterInnen beschäftigt hatten. Im Laufe seiner Tätigkeit bis Ende des Jahres 2005 hat der Österreichische Versöhnungsfonds insgesamt rund 132.000 Anträge positiv beschieden.

Engagiertes Team

Die rasche, unbürokratische und menschliche Durchführung des Versöhnungsgesetzes wurde ganz besonders durch ein junges, sehr engagiertes und sprachkundiges MitarbeiterInnenteam gewährleistet. Es galt nicht nur, in kurzer Zeit effiziente Arbeitsmethoden zu entwickeln und ständig zu verbessern, der telefonische und auch persönliche Kontakt mit ehemaligen ZwangsarbeiterInnen erforderte darüber hinaus ein hohes Maß an Sensibilität und Einfühlungsvermögen.

Zukunftsfonds der Republik Österreich

Aufgaben und Ziele

Der Zukunftsfonds der Republik Österreich wurde aus den Restmitteln des Österreichischen Versöhnungsfonds dotiert. Er hat am 01. Jänner 2006 seine Tätigkeit aufgenommen. Laut Bundesgesetzblatt vom 20. Dezember 2005 kann der Zukunftsfonds alljährlich mit 2 Millionen Euro Projekte fördern, die „den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes, der Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft sowie der internationalen Zusammenarbeit dienen und zu einer Förderung der Achtung der Menschenrechte und der gegenseitigen Toleranz auf diesen Gebieten beitragen“. Der Zukunftsfonds hat damit ein weitergehendes Mandat als der Nationalfonds, der auf NS-Opfer fokussiert ist.

Der Zukunftsfonds wurde als verzehrender Fonds eingerichtet und hätte nach Verbrauch seiner Mittel seine Tätigkeit im Jahre 2018 einstellen müssen. Mit Bundesgesetz vom 18. Oktober 2017 wurde eine Finanzierung des Zukunftsfonds für weitere fünf Jahre sichergestellt.

Organe und Bestellungsmodus

Oberstes Organ des Fonds ist das fünfköpfige Kuratorium. Je zwei Mitglieder des Kuratoriums werden für jeweils fünf Jahre vom Bundeskanzler und vom Außenminister/von der Außenministerin bestellt. Darüber hinaus steht dem Bundeskanzler das Vorschlagsrecht für den Vorsitz im Kuratorium und den Generalsekretär zu.

Das aktuelle Kuratorium des Zukunftsfonds besteht aus Kurt Scholz (Vorsitzender), Bundeskanzler a.D. Werner Faymann, Max Kothbauer (alle drei vom Bundeskanzler nominiert) sowie aus Botschafter Hans Winkler (stv. Vorsitzender) und Volksanwalt Peter Fichtenbauer als Nachfolger des im

Februar 2018 verstorbenen Christoph Kainz (beide vom BMEIA nominiert). Generalsekretär des Fonds ist seit März 2011 Herwig Hösele.

Begutachtung und Entscheidung über die Projekte

Das Kuratorium bestellt u.a. insgesamt vier Mitglieder des Projektförderungsbeirates, der die Projekte vor der Entscheidung des Kuratoriums begutachtet und Stellungnahmen für das Kuratorium abgibt. Dem Beirat gehören folgende Persönlichkeiten an: Margarete Grandner, Helene Maimann, Robert Pfaller, Manfred Rauchensteiner. Alle Mitglieder des Kuratoriums und des Projektförderungsbeirates arbeiten ehrenamtlich.

Fördertätigkeit

Seit seinem Bestehen hat der Zukunftsfonds rund 3.300 Projekte behandelt und davon rund 2.200 Projekte mit einer Gesamtsumme von 24,8 Millionen Euro genehmigt, wovon 24,3 Millionen Euro ausbezahlt wurden (Stand 31. Juli 2018). Der Großteil der Projekte kommt aus Österreich, es werden jedoch auch Projekte in den USA, Israel, Deutschland, Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik, Argentinien, Brasilien oder Venezuela gefördert.

Die Bandbreite der geförderten Projekte reicht von Forschungsarbeiten an Universitäten über wissenschaftliche Publikationen, Dokumentarfilme, Oral History Projekte, Ausstellungen, Gedenkfahrten, internationale Konferenzen und Workshops, Theateraufführungen bis hin zu kleineren lokalen Initiativen wie die Errichtung von Mahnmalen und Gedenktafeln in Erinnerung an die Opfer des NS-Terrors. Besonderes Augenmerk legt der Zukunftsfonds auf pädagogische Projekte, die Jugendliche dazu anregen sollen, sich mit der Geschichte aktiv auseinanderzusetzen, zum Beispiel auch in der persönlichen Begegnung mit noch lebenden ZeitzeugInnen.

Gedenkstein der Firma Martin Schmeiser

Findling aus Perger Granit

Der für das Denkmal verwendete Stein ist ein Findling aus dem Steinbruch Perg (Perger Granit) in Oberösterreich nördlich der Donau. Dieser wurde vor Jahren aufgeschnitten, so entstand der nunmehr verwendete Steinteil. Die Inschrift wurde auf eine Kunststofftafel geätzt, das Portrait in Ton modelliert und dann in Gips gegossen. Beide Teile wurden miteinander in Bronze gegossen, bearbeitet und patiniert, an der Rückseite wurden vier Gewindestangen angeschweißt. Danach wurden im Stein vier Bohrungen angebracht und die Metalltafel mittels Montagekleber befestigt. Der Stein wurde vor Ort auf ein betoniertes Fundament gesetzt und verklebt.



Foto Gedenkstein: Martin Schmeiser

Meisterliche Steinrestaurierungen

Martin Schmeiser hat seinen Steinbildhauerbetrieb im Jahr 1964 gegründet und ist einer der wenigen zeitgenössischen Handwerker und Restauratoren, die noch an mitunter Jahrtausende alten Kunstwerken arbeiten. Spezielle Erfahrung hat er in der Aufstellung von steinernen Museumssammlungen erworben – etwa des Ephesos Museums, der Antikensammlung und der Ägyptischen Abteilung des Kunsthistorischen Museums, Wien. Sein Können und Fachwissen ist aber auch bei Kirchen, Gemeinden und Schlossbesitzern gefragt, die Wert auf die Erhaltung ihrer Kunstschatze aus Stein legen.

www.meisterstrasse.com/de/steinbildhauer-schmeiser

In Memoriam Christoph Kainz (1960 – 2018)

Gedenkstein als Herzensangelegenheit

Die Errichtung des Gedenksteins für Maria Schaumayer war eine Herzensangelegenheit von Christoph Kainz und ist im Wesentlichen seiner Initiative zu verdanken. Er brachte dieser großen Österreicherin höchste Wertschätzung und Anerkennung entgegen.

Österreichischer Versöhnungsfonds

Eine enge Zusammenarbeit von Maria Schaumayer und Christoph Kainz ergab sich vor allem bei der Gründung des Österreichischen Versöhnungsfonds. Christoph Kainz war im Jahr 2000 als Vertreter der Wirtschaftskammer Österreich maßgeblich am Zustandekommen und an der Finanzierung des Fonds für die Entschädigung von ehemaligen ZwangsarbeiterInnen beteiligt. In weiterer Folge übernahm er im Versöhnungsfonds den stellvertretenden Vorsitz des Komitees, das als Entscheidungsgremium über die Anträge fungierte.

Zukunftsfonds der Republik Österreich



Foto: Ernst Weingartner

Im Jahr 2005 wurde aus einem Teil der Restmittel des Österreichischen Versöhnungsfonds der Zukunftsfonds der Republik Österreich geschaffen. Christoph Kainz war von Beginn an stellvertretender Kuratoriumsvorsitzender.

Mit seiner fachlichen Expertise und seinem Engagement leistete er einen wertvollen Beitrag zu den Beratungs- und Entscheidungsprozessen innerhalb des Fonds. Darüber hinaus war er seit dem Jahr 2009 Vertreter des Zukunftsfonds im Steering Committee zur

Neugestaltung der Österreich-Ausstellung im ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz.

All diese Tätigkeiten übte Christoph Kainz neben seinem Hauptberuf in der Wirtschaftskammer Österreich ehrenamtlich aus.

Große Trauer und Betroffenheit

Der plötzliche Tod von Christoph Kainz im Februar 2018 erfüllte die Mitglieder des Kuratoriums und des Projektförderungsbeirates sowie die MitarbeiterInnen des Zukunftsfonds mit großer Trauer. Kuratoriumsvorsitzender Kurt Scholz und Generalsekretär Herwig Hösele zeigten sich tief betroffen: „Christoph Kainz war ein wunderbarer Mensch und guter Freund. Sein nobles Wesen, seine Konzilianz, seine lebenswürdige und große Menschlichkeit, seine selbstverständliche Hilfsbereitschaft, seine sensible Herangehensweise an diffizile Aufgabenstellungen, sein großer Idealismus und seine hohe Kompetenz werden uns schmerzlich und dauerhaft fehlen. Sein verdienstvolles Wirken hat Bleibendes ermöglicht. Wir sind Christoph Kainz für unendlich Vieles zutiefst dankbar.“

Impressum

Zukunftsfonds der Republik Österreich, Schwarzenbergplatz 1, A-1010 Wien

Tel: +43-1-5136016-0, E-Mail: info@zukunftsfonds-austria.at; www.zukunftsfonds-austria.at

Redaktion: Anita Dumfahrt; Graphische Gestaltung: Johannes Benedikter